

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.03.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Sänger, Frank	CDU	
Sprung, Michael	CDU	
Köck, Uwe-Volkmar Dr.	DIE LINKE.	ab 17:15 Uhr
Sieber, Olaf	DIE LINKE.	
Felke, Thomas	SPD	
Fikentscher, Rüdiger Dr.	SPD	bis 18:55 Uhr
Kley, Gerry	FDP	
Feigl, Christian	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Menn
Sommer, Manfred	MitBÜRGER für Halle	
Kautz, Ingo	SKE	
Klein, Undine	SKE	bis 19:20 Uhr
Schika, Dieter	SKE	
Schlüter-Gerboth, Frigga	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Dieringer, Lothar	parteilos
Heft, Uwe	parteilos
Menn, Christoph	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Cappeller, Claudia	SKE
Glüse, Christian	SKE
Köhne, Rainer	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2013
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Baubeschluss – Neubau Spielplatz Thalia-Wiese
Vorlage: V/2012/11252
 - 4.2. Baubeschluss – Hafenbahntrasse, Thüringer Bahnhof - Hauptbahnhof
Vorlage: V/2012/11251
 - 4.3. Baubeschluss - Hafenbahntrasse, 5. Bauabschnitt Holzplatz – Stadthafen
Vorlage: V/2012/11250
 - 4.4. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394
 - 4.5. Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlage: V/2013/11400
 - 4.5.1. Änderungsantrag des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlagen-Nr.: V/2013/11400
Vorlage: V/2013/11559
 - 4.6. Große Ulrichstraße – Zuschuss für gestalterischen Mehraufwand im Rahmen des Teilvorhabens Nr. 10 des Stadtbahnprogrammes
Vorlage: V/2013/11484
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274
 - 5.1.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)
Vorlage: V/2013/11478
 - 5.2. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352
 - 5.3. Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für

bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353

- 5.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich Radverkehrsförderung
Vorlage: V/2013/11374
- 5.5. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. aktuelle mündliche Informationen
 - 7.2. Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd - Sachstand und Ausblick (Präsentation SALEG)
 - 7.3. Darstellung der Ergebnisse aus der II. Stufe der gesetzlichen Lärmkartierung
 - 7.4. Vorstellung der Ergebnisse der Pilotprojekte Vernässung Neustadt und Dautzsch
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 - 8.1. Anfrage von Herrn Kley zur Vernässung
 - 8.2. Anfrage von Herrn Feigl zum Dienstleistungszentrum Familie
 - 8.3. Anfrage von Herrn Feigl zur Ausschreibung am Riebeckplatz
 - 8.4. Anfrage von Herrn Feigl zum Saalehornmagazin
 - 8.5. Anfrage von Herrn Dr. Köck zum Mittelabfluss
 - 8.6. Anfrage von Herrn Dr. Köck zur Verwertung von Baumschnitt
 - 8.7. Anfrage von Herrn Sieber zum Fußweg in Nietleben
 - 8.8. Anfrage von Herrn Sieber zum Strategiedialog
 - 8.9. Anfrage von Herrn Felke zu Werbeverträgen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Sängler eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Top 3 und Top 5.5 werden vertagt

Zu Top 7.4 wird im April über den Sachstand berichtet

Herr Sieber stellte einen Geschäftsordnungsantrag, um Top 4.4., 4.5 und 4.5.1. abzusetzen.

Herr Fikentscher fragte, warum die Vorlagen zum Nahverkehrsplan nicht jetzt behandelt werden können.

Herr Felke fragte, ob Top 4.4 auf dem neusten Stand ist, seit Januar gilt das neue Vergabegesetz, vieles ist jetzt hinfällig. Es wurden zum 15.02.2013 Fragen aus dem Landtag auch zum Thema Tarifverträge im öffentlichen Personen- und Nahverkehr beantwortet worden, vieles relativiert sich hier.

Herr Stäglin sagte, dass Top 4.4 nach dem Stadtratsbeschluss rechtlich geprüft worden ist und wenn neue rechtliche juristische Gründe vorliegen, kann ein Beschluss geändert werden. Die Top 4.4 und 4.5 werden zurückgezogen und erneut geprüft.

Herr Felke übereicht die Fragen und Antworten aus dem Landtag.

Herr Sommer sagte, dass Top 5.5 auf April vertagt werden soll.

Die so geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2013

Die Niederschrift wird vertagt.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Baubeschluss – Neubau Spielplatz Thalia-Wiese
Vorlage: V/2012/11252**

Frau Trettin erläuterte die einzelnen Ausführungen der Spielflächen. Der Baubeginn ist ab September und die Fertigstellung zum Jahresende vorgesehen.

Herr Sprung fragte, warum der Baubeginn so spät erfolgt.

Frau Trettin antwortete, dass der Ablauf durch die Gremien, die Ausschreibungen und die langen Lieferzeiten dafür verantwortlich sind.

Herr Sprung fragte nach den Fallschutzflächen. Sie sind anfällig für Schmutz und Kratzer, sind auch die Instandhaltungskosten bedacht worden?

Frau Trettin antwortete, dass dies sichergestellt ist.

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob die Gelder nicht besser zur Unterhaltung vorhandener Spielplätze verwendet werden sollten.

Frau Trettin erwiderte, dass Fördermittel nur für einen Neubau und nicht für die laufende Unterhaltung verwendet werden können.

Herr Feigl fragte 1. nach der Nutzung als Hundewiese und der Einordnung von Hundetoiletten und 2. nach den Eigentumsverhältnissen zur Parkplatzfläche und 3. Ob eine Neubebauung dieser Fläche zum Schließen der Baukante Harz geprüft wurde?

Frau Trettin erklärte, zu 1. Es wird keine Hundewiese ausgewiesen, aber es werden Tütenspender aufgestellt. Zu 2. Die Fläche gehört der Stadt, Dauerparkplätze bringen Geld ein. Zu 3. Eine Bebauung ist nicht beabsichtigt, wäre im Hinblick auf die Lärmentwicklung bei einer allseitigen Bebauung um den Spielplatz auch nicht unproblematisch.

Herr Felke fragte, ob es durch die Folgekosten von 5.500 € für die Unterhaltung des geplanten Spielplatzes im Haushalt für alle Spielplätze zu neuen Prioritäten kommt.

Herr Stäglin verneinte dies. Die Spielflächenkonzeption ist in der Fertigstellung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOF und HOAI beschließt den Neubau eines Spielplatzes auf der Thalia-Wiese.

zu 4.2 Baubeschluss – Hafenbahntrasse, Thüringer Bahnhof - Hauptbahnhof Vorlage: V/2012/11251

Frau Trettin führte in die Vorlage ein.

Herr Kley fragte nach dem realen Bedarf für den Radweg.

Frau Trettin antwortete, dass diese Lösung eine kurze, autofreie Alternative darstellt, jetzt steht für Fußgänger und Radfahrer nur die Straße zur Verfügung.

Herr Feigl vermisste bislang diese Anbindung an die Stadt, eine sichere Zuwegung ist wichtig, begrüßte daher diesen Radweg.

Herr Kley erwiderte, dass in der gegenwärtigen Haushaltslage ein so kurzer Radweg nicht nötig ist und zurückgestellt werden sollte.

Herr Dr. Köck fragte, was die blaue Linie mit den Punkten auf dem Plan bedeutet.

Frau Trettin sagte, dass es sich um eine Gemarkungslinie handelt.

Herr Dr. Köck schlug vor, mit einer Markierung den Radweg bis zum Bahnhof fortzusetzen.

Frau Trettin wies auf das Problem hin, dass diese Straße keine ausgebauten Nebenanlagen hat. Daher ist eine Separierung nicht möglich.

Herr Sieber fand eine Anbindung aus dem Süden zum Bahnhof sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOF und HOAI beschließt den Bau der Hafentrasse zwischen Thüringer Bahnhof und Hauptbahnhof.
2. Der Beschluss erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der Fördermittel im Haushalt 2013.

zu 4.3 Baubeschluss - Hafentrasse, 5. Bauabschnitt Holzplatz – Stadthafen Vorlage: V/2012/11250

Frau Trettin führte in die Vorlage ein.

Herr Sprung fragte, was mit der kleinen Brücke am Übergang zum Holzplatz passiert.

Frau Trettin antwortete, dass die Brücke saniert wird.

Herr Feigl fragte, wie die Grundstückverhältnisse im Uferbereich sind und was aus dem kleinen Weg zwischen der Elisabethbrücke und Mansfelder Straße wird?

Frau Trettin erklärte die Grenzen zwischen den Grundstücken, die der Stadt und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) bzw. dem privaten Investor F.K. HORN gehören. Die Regelung mit der Firma Horn ist schon im Bebauungsplan enthalten. Mit der WSV wird ein Nutzungsvertrag abgeschlossen. Danach darf die Stadt den Weg herrichten, zum Nulltarif nutzen, muss die Flächen aber unterhalten. Die Wegeflächen werden vom Fachbereich Bauen unterhalten und die Grünflächen vom Fachbereich Umwelt. Der kleine Weg zur Elisabethbrücke wird, soweit er vorhanden ist, ertüchtigt und mit einer Asphaltdecke verlängert.

Herr Sieber fragte, was ist mit dem Weg, der vom Platz am Prellbock nach Westen weggeht?

Frau Trettin erklärte, dass dieser Weg den Anschluss zum „Park des Hoffens, des Erinnerns und des Dankes“ darstellt.

Herr Sieber fragte, ob die Wege im HQ 100 liegen? Ist es dort nicht ein Problem, Flächen zu versiegeln?

Frau Trettin sagte, wichtiges Ziel der Hafentrasse besteht in der Schaffung einer autofreien und grünen Rad- und Fußwegeverbindung. Die Versiegelung durch die Trasse wird im LSG durch Entsiegelung der Gewerbebrache am Holzplatz ausgeglichen. Der Weg verursacht keine Einschränkungen des Retentionsraumes.

Herr Sieber fragte, wenn jetzt 1000 m mehr ausgebaut werden, gibt es ein weiterführendes Ziel?

Frau Trettin sagte, dass die bisherige Trasse bereits gut angenommen wird. Zukünftig soll eine Querverbindung bzw. ein Rundweg auf der Salineinsel entstehen. Man kommt über die Sophienhafenpromenade auf die Kotgrabenbrücke und dann zur Franz-Schubert-Brücke oder zum Salinemuseum.

Herr Dr. Köck fragte, ob man die Hafentrasse nicht bewusst am ehemaligen Karstadt enden lassen sollte, von dort gibt es mehrere weiterführende Wege.

Herr Feigl fragte, ob man nicht den Radweg in die Hafenstraße führen kann. Herr Feigl stellte einen Antrag, die Hafentrasse in Anlehnung an die alte Bahntrasse in die Hafenstraße weiterzuführen.

Herr Kley befürwortete die Trasse. Viele Familien mit Kindern benutzen diese Strecke und um dies sinnvoll und sicher zu gestalten, sollte die Trasse wie geplant gebaut werden. Inwieweit erfolgt die Anbindung an die Mansfelder Straße?

Frau Trettin erläuterte, dass der kleine Stichweg mit einem Gefälle von 10 % zu nutzen ist.

Herr Stäglin warb für die vorliegende Variante der Trasse. Hier wird Naherholung in hoher Qualität mit der schrittweisen Umsetzung des Salinekonzeptes vereint.

Herr Sieber fragte, ob es nicht eine Kopplung der Hafentrasse an die Realisierung der Franz-Schubert-Brücke geben sollte. Mit Baukosten von 450.00 € bzw. Eigenmitteln von 150.000 € ist die Hafentrasse ein Luxusprojekt, da wäre der Radweg nach Dölau viel dringender.

Herr Sommer fragte, ob die untere Trasse im Hochwassergebiet liegt.

Frau Trettin bejahte dies.

Nachfrage von **Herrn Sieber** zu den Fördergeldern.

Frau Trettin erklärte, dass Fördermittel nur innerhalb von Fördergebieten in vom Land bewilligte Maßnahmen fließen können.

Herr Dr. Köck stellte einen Antrag, die Vorlage zu vertagen, um neue Planungsmöglichkeiten zu prüfen. Es gibt alternative Möglichkeiten der Trassenführung, z. B. an der Schleuse am Holzplatz, auf der Ostseite von Lührmann vorbei.

Herr Sänger ließ den Änderungsantrag von Herrn Dr. Köck abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen 3

Nein-Stimmen 6

Enthaltungen 0

Herr Sänger ließ den Änderungsantrag von Herrn Feigl abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen 3

Nein-Stimmen 5

Enthaltungen 1

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOF und HOAI beschließt den Bau der Hafenbahntrasse zwischen Holzplatz und Stadthafen.

**zu 4.4 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Rückführung der Festsetzungen 6.4 und 6.6 in die Fassung der Beschlussvorlage am 12.12.12 (s. u., Änderungen kursiv)

F 6.4 Die Verkehrsunternehmen (Konzessionäre) haben, auch beim Einsatz von Subunternehmern, die folgenden Anforderungen zu gewährleisten:

[...]

4. Für die zur Erbringung der Linienverkehrsleistungen eingesetzten Beschäftigten ist *mindestens ein jeweils gültiger Tariflohn des Verkehrsgewerbes gemäß § 10 (2) Vergabegesetz LSA* zu zahlen.

Erläuterung: Zur Wahrung einheitlicher Qualitätsstandards sind, ungeachtet der Verantwortung des Betreibers des Linienverkehrs, an die Verkehrsunternehmen hohe Maßstäbe bezüglich Verkehrssicherheit und Verbraucherschutz zu setzen. Mangels eindeutiger rechtlicher Normen für Subunternehmen im Linienverkehr sind im Nahverkehrsplan ergänzende Regelungen zu verankern, die diesen Anspruch gewährleisten.

F 6.6 Bei einem Wechsel des Anbieters von Linienverkehrsleistungen ist das neu eintretende Verkehrsunternehmen zu verpflichten, die für die zu erbringende Verkehrsleistung erforderlichen Mitarbeiter des bisherigen Verkehrsunternehmens zu den *bis dato gewährten Arbeitsbedingungen gemäß § 11 Vergabegesetz LSA* zu übernehmen, *soweit sie das bisherige Verkehrsunternehmen freisetzen würde*.

Erläuterung: Die Stadt Halle (Saale) kommt damit ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern im ÖPNV, welche überwiegend auch Bürger der Stadt Halle (Saale) sind, nach.

**zu 4.5 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlage: V/2013/11400**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Wiederaufnahme der Festsetzung 7.3.1 (und Anpassung der Nummerierung in Kapitel 7.3)

F 7.3.1 *Die Stadt Halle (Saale) wird im Rahmen ihrer Beteiligung an der Nahverkehrsplanung und den Liniengenehmigungsverfahren benachbarter Landkreise darauf hinwirken, dass in das Stadtgebiet einbrechende Linien des Regionalbusverkehrs an geeigneten Straßenbahnhaltstellen im äußeren Stadtgebiet enden, wo Direktverbindungen ins Stadtzentrum bestehen. Priorität haben dabei die Verknüpfungspunkte Schwimmhalle (Neustadt) und Trotha, wo durch vier bzw. drei Straßenbahnlinien eine sehr hohe Bedienfrequenz erreicht wird. Bei der Fahrplangestaltung sind Umsteigezeiten von maximal 5 min anzustreben.*

Gemeinsam mit den Aufgabenträgern für den Regionalbusverkehr sind diesbezüglich im Sinne eines integrierten, kundenorientierten und wirtschaftlichen Leistungsangebots Rahmenvorgaben für die in das Stadtgebiet hineinführenden Linienverkehre abzustimmen, die vor dem Hintergrund der begrenzten Finanzmittel eine bestmögliche Erreichbarkeit des Oberzentrums Halle aus dem Umland sicherstellen. Dabei sind auch mögliche Verknüpfungen an den SPNV-Stationen (ggf. auch außerhalb des Stadtgebiets) zu berücksichtigen.

Erläuterung: *Der bestehende Parallelverkehr mit Regionalbussen ist aus wirtschaftlichen, verkehrlichen und ökologischen Gründen nicht zu verantworten. Bei guter*

Koordination der Fahrpläne sollte die Notwendigkeit des Umsteigens nicht vom Besuch des Stadtzentrums abhalten, zumal die Straßenbahn häufig näher an die Ziele heranführt. Auch aus den Stadtbuslinien muss auf dem Weg in die Altstadt in der Regel in die Straßenbahn umgestiegen werden. Mindestens an den genannten Straßenbahnhaltestellen ist direktes Umsteigen zwischen Bus und Straßenbahn voraussichtlich problemlos zu organisieren. Das pausenbedingte Abstellen der Regionalbusse ist in Trotha am Ort und in Neustadt am S-Bahnhof Neustadt möglich. Die frei werdenden Kapazitäten können zur Verbesserung des Angebots im Saalekreis (z.B. Linienerläuterung, Taktverdichtung) genutzt werden.

**zu 4.5.1 Änderungsantrag des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3) Vorlagen-Nr.: V/2013/11400
Vorlage: V/2013/11559**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012 (einschließlich aller angenommenen Änderungsanträge) wird wie folgt geändert:

Wiederaufnahme der Festsetzung 7.3.1 (und Anpassung der Nummerierung in Kapitel 7.3)
F 7.3.1 Die Stadt Halle (Saale) wird im Rahmen ihrer Beteiligung an der Nahverkehrsplanung und den Liniengenehmigungsverfahren benachbarter Landkreise darauf hinwirken, dass in das Stadtgebiet einbrechende Linien des Regionalbusverkehrs an geeigneten Straßenbahnhaltestellen im äußeren Stadtgebiet enden, wo Direktverbindungen ins Stadtzentrum bestehen. **Priorität hat dabei der Verknüpfungspunkt Schwimmhalle (Neustadt), wo durch vier Straßenbahnlinien eine sehr hohe Bedienfrequenz erreicht wird.** Bei der Fahrplangestaltung sind Umsteigezeiten von maximal 5 Min. anzustreben. Gemeinsam mit den Aufgabenträgern für den Regionalbusverkehr sind diesbezüglich im Sinne eines integrierten, kundenorientierten und wirtschaftlichen Leistungsangebots Rahmenvorgaben für die in das Stadtgebiet hineinführenden Linienverkehre abzustimmen, die vor dem Hintergrund der begrenzten Finanzmittel eine bestmögliche Erreichbarkeit des Oberzentrums Halle aus dem Umland sicherstellen. Dabei sind auch mögliche Verknüpfungen an den SPNV-Stationen (ggf. auch außerhalb des Stadtgebiets) zu berücksichtigen.

Die eingesparte Fahrleistung soll im Gebiet der jeweiligen betroffenen Linie zur Feinerschließung im Nahbereich als Zubringerfunktion eingesetzt werden („Dorfbus“).

**zu 4.6 Große Ulrichstraße - Zuschuss für gestalterischen Mehraufwand im Rahmen des Teilvorhabens Nr. 10 des Stadtbahnprogrammes
Vorlage: V/2013/11484**

Herr Stäglin führte in die Vorlage ein.

Herr Feigl fragte, warum zum jetzigen Zeitpunkt die Information gegeben wird, dass die Maßnahme Große Ulrichstraße jetzt teurer wird. Es hätte bei der Planung schon klar sein müssen, dass ein erhöhter Aufwand nötig sein wird.

Herr Loebner sagte, in einem Sanierungsgebiet geht es um Aufwertung, es muss der gestalterische Mehraufwand nachgewiesen werden, damit er gefördert wird. Es geht nicht um eine Kostenmehrung, sondern um die Darstellung des Unterschiedes zwischen einem Standardbeton und dem, was in der Altstadt verwendet wird.

Herr Feigl sagte, auf diese Sachlage hätte schon in der damaligen Vorlage hingewiesen werden sollen.

Frau Grimmer antwortete, dass auf den Gestaltungsbeschluss aufgesetzt wird. Der Gestaltungsbeschluss war die Basis für die weiteren Planungen und die Umsetzung. Im Gestaltungsbeschluss wurde über die zu verwendenden Materialien entschieden.

Herr Feigl fragte, ob das damals schon bekannt war.

Frau Grimmer antwortete, dass der Beschluss 2011 gefasst worden ist. Man ist damals davon ausgegangen, dass die Stadt und die HAVAG diese Maßnahme normal aus Städtebaufördermitteln bzw. aus Eigenmitteln der HAVAG finanziert. In der Zwischenzeit ist es gelungen, die Große Ulrichstraße als einen Teil in das Stadtbahnprogramm aufzunehmen. Damit ist eine zusätzliche Fördermöglichkeit über das Entflechtgesetz ÖV gegeben. Diese Basisförderung geht aber nur von einem Standard-Beton aus. Da hier mehr gewollt ist, wurde über eine Kofinanzierung über Städtebaufördermittel mit dem Land abgestimmt. Der Mehraufwand entsteht aus dem Delta zwischen einer ÖPNV-Straße wie in der Dessauer Straße und den gestalterischen Anforderungen aus dem Gestaltungsbeschluss.

Herr Kley fragte, wie die einzelnen Flächen konkret ausgeführt werden.

Herr Stäglin sagte, dass die Ausführung so ausgeführt wird, wie es in der Beschlussvorlage dargestellt wurde.

Frau Grimmer sagte, dass die unterschiedlichen Flächen in der Planung berücksichtigt wurden. Die erforderlichen Belastungsklassen für die jeweilige Nutzung sind beachtet worden.

Herr Dr. Köck fragte nach, warum die Große Ulrichstraße als ÖPNV-Straße bezeichnet wurde.

Herr Möbius antwortete, das ist ein Ergebnis von Abstimmungen mit dem Fördermittelgeber Bund. Es werden nur Maßnahmen gefördert, wo separate Bahnkörper hergestellt werden. Da dies in der Großen Ulrichstraße nicht geht, wurde sie fördertaktisch als ÖPNV-Straße dargestellt.

Herr Sieber fragte nach den im Anhang befindlichen Tabellen. Es gibt eine Differenz, wie sind die Tabellen zu verstehen.

Frau Grimmer erklärte, dass es sich um eine Gegenüberstellung der Baumaterialien handelt. In der ersten Tabelle ist der Einbaupreis und in der zweiten Tabelle der Materialpreis aufgelistet.

Herr Sieber fragte, warum so kompliziert in zwei Tabellen gearbeitet wird.

Frau Grimmer sagte, dass die Mittel aus dem Haushalt 2012 für diese Maßnahme verwendet werden dürfen, sofern eine Kassenwirksamkeit bis zum 31.05.2013 nachgewiesen werden kann. Da die Maßnahme erst 2014 beendet sein wird, hat man sich mit dem LVWA darauf verständigt, die Städtebaufördermittel für die Materialbeschaffung zu verwenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Bezuschussung des Vorhabens in Höhe von max. 494.000 € brutto aus Mitteln der Städtebauförderung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vereinbarung mit der HAVAG als Maßnahmenträger abzuschließen.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub** **Vorlage: V/2012/11274**

Herr Bielecke erläuterte, dass das L-Gebäude auf der Abbruchliste steht. Die Voraussetzung für den Abbruch ist die Versetzung des Trafos. Die Kosten würden sich auf ca. 60.000 € belaufen. Um einen Teil zur Nutzung herstellen zu können, bedarf es einer baulichen Trennung der Gebäude. Auch eine Trennung der Systeme im Strombereich ist erforderlich, die 20.000 € kosten würde. Für die Herrichtung des Gebäudes gibt es keine Mittel aus dem Haushalt. Dies kann nur in Eigenleistung geschehen.

Herr Kley sah es positiv, dass eine Nutzung möglich wäre. Der Fanclub hatte sich schon bereit erklärt Eigenleistung einzubringen. Jetzt könnte man in Verhandlung gehen.

Herr Feigl sah die Voraussetzungen für Verhandlungen zwischen dem Fanclub und der Stadt positiv, wenn sie haushaltsneutral für die Stadt stattfindet.

Herr Kley übernahm im Namen der Fraktion den im Änderungsantrag gewünschten Wortlaut „haushaltsneutral für die Stadt“ in den Antrag der FDP.

Herr Sängler sagte, so können die beiden Anträge zusammengefügt werden und der Änderungsantrag erübrigt sich.

Herr Feigl stimmte dem zu.

Herr Sieber fragte, ob das Hochwassergebiet eine Rolle spielt.

Herr Bielecke antwortete, dass der Trafo auf jeden Fall erneuert werden muss.

Herr Dr. Köck fragte auch ob der Trafo verlagert werden muss.

Herr Felke fragte, wenn sich hier auf so ein Modell verständigt wird, ist das dasselbe wie beim HFC?

Herr Bielecke antwortete, dass beim HFC ein anderes Modell vorliegt. Dort ist der Träger das Jugendamt.

Herr Sängler sagte, dass die beiden Anträge nach Einigung der beiden Fraktionen zusammengefasst werden. Hier soll jetzt eine haushaltsneutrale Nutzung besprochen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

geänderter Beschlussvorschlag:

Das L-Gebäude südlich der Eissporthalle wird den Fanclubs der Saale Bulls **haushaltsneutral** zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der**

**FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)
Vorlage: V/2013/11478**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag erhält die folgende Fassung:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das L-Gebäude südlich der Eissporthalle den Fanclubs der Saale Bulls haushaltsneutral zur Nutzung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Stadtrat wird im 1. Quartal 2013 über das Ergebnis der Prüfung informiert.

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Verbesserung der Verkehrssituation für den Kfz-Verkehr am Franckeplatz zu erreichen. Dazu soll die Verwaltung die HAVAG anweisen, eine Entzerrung des Straßenbahnverkehrs durch Optimierung ihrer Streckenführung zu untersuchen. Dabei ist auch eine mögliche Entlastung des Franckeplatzes durch eine Ergänzung des bestehenden Straßenbahnnetzes durch eine Trasse vom Hallmarkt über den Knoten 46 bis zum Böllberger Weg zu untersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll dem Stadtrat bis zur Julisitzung dieses Jahres vorgelegt werden.

**zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353**

Herr Sängler und **Herr Sprung** befanden den Planungsausschuss für diesen Antrag als nicht zuständig.

Herr Feigl sagte, dass die Umsetzung bauliche Angelegenheiten berührt und deshalb im Planungsausschuss richtig angesiedelt ist.

Herr Stäglich antwortete, das hier eher der Vergabeausschuss zuständig ist.

Herr Feigl sagte, die Familienverträglichkeit könnte im Planungsausschuss geprüft werden.

Herr Sängler ließ über die Nicht-Zuständigkeit des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: nicht zuständig

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass eine Beschulung von bewegungseingeschränkten Schülerinnen und Schülern, insbes. die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, dort möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung unterrichtet den Stadtrat jährlich über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.

zu 5.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich Radverkehrsförderung Vorlage: V/2013/11374

Herr Kley fragte, ob die Kosten in Bezug auf den Haushalt geprüft worden sind?

Herr Stäglich bezog sich auf den 1.Punkt, der erst mal einen Prüfauftrag darstellt, ob eine Beteiligung möglich ist. Der 2. Punkt stellt keinen großen finanziellen Aufwand dar. Punkt 3. kann über Personalressourcen realisiert werden.

Herr Dr. Köck sagte, dass alle vier Punkte einzeln abgestimmt werden sollten.

Herr Sieber sagte, dass im Sommer 2011 ein Antrag eingebracht wurde, dass eine überarbeitete Radverkehrskonzeption vorgelegt wird. 2009 gab es einen Antrag, den Saaleweg auszuweisen. Hier doppelt sich vieles.

Herr Stäglich sagte, dass sich durch diesen Antrag andere Anträge nicht erledigt haben.

Herr Sänger ließ die Beschlusspunkte einzeln abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Beschlusspunkte wurden einzeln abgestimmt.

zu 1.

- 6 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 3 Enthaltungen

zu 2.

- 8 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

zu 3.

- 5 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

zu 4.

- 4 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form sich die Stadt Halle an einem Projekt der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt beteiligen kann, welches

das Ziel hat, Neubürgerinnen und Neubürger für die Nutzung des Fahrrads in Alltag und Freizeit zu gewinnen.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Beteiligung der Stadt Halle an der Aktion Stadtradeln 2013 möglich ist und mit welchen Partnern eine Realisierung erfolgen kann.
3. Zum jährlichen Fahrrad- und Umwelttag in Halle führt die Stadt eine öffentliche verkehrspolitische Fahrradtour durch und informiert dabei vor Ort über aktuelle Straßen- und Wegeplanungen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Ausschilderung der wesentlichen Freizeit- und Fernradrouten im Stadtgebiet sicherzustellen und einen Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Beschluss zu Antrag V/2009/08344) umzusetzen, wonach am Hauptbahnhof oder auf dem Bahnhofsvorplatz eine Infotafel mit einer Übersichtskarte zu den Fernradwegen bzw. die Radrouten in Halle und Umgebung zu errichten ist.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppeljährigen Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertreter des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 aktuelle mündliche Mitteilungen

Herr Stäglin informierte über:

- die Auswertung der automatischen Verkehrszählung (der Plan wird den Fraktionen elektronisch zur Verfügung gestellt),
- Holzschilder in der Dölauer Heide

zu 7.2 Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd - Sachstand und Ausblick (Präsentation SALEG)

Herr Breuel stellte den Stand der Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd vor. Die Präsentation wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

zu 7.3 Darstellung der Ergebnisse aus der II. Stufe der gesetzlichen Lärmkartierung

Herr Stapelfeldt stellte die Ergebnisse der Lärmkartierung vor.

zu 7.4 Vorstellung der Ergebnisse der Pilotprojekte Vernässung Neustadt und Dautzsch

Es wurde eine Information ausgeteilt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage von Herrn Kley zur Vernässung

Herr Kley stellte zur Information zur Vernässung verschiedene Fragen. Gab es für die Spundwand eine FFH Verträglichkeitsprüfung? Wie verhalten sich die Kosten, wenn die Infrastruktur durch die Spundwand durchgezogen werden muss? Endet der Grundwasserleiter wirklich bei 8 m? Die gesamte Geologie ist offen. Die Risiken sollten minimiert werden.

Herr Stäglin antwortete, dass mit der LAF über die Finanzierung einer weiteren Untersuchung gesprochen wird, die Finanzierung soll, wenn möglich, aus dem Fördertopf mit einer hohen Förderquote kommen. Die Auswirkungen der Dichtwand stehen hier im Vordergrund.

zu 8.2 Anfrage von Herrn Feigl zum Dienstleistungszentrum Familie

Herr Feigl fragte nach dem Dienstleistungszentrum Familie, welches jetzt in den Hansering 20 einziehen soll.

Herr Stäglin betonte, dass der Geschäftsbereich II hier nicht zuständig ist.

zu 8.3 Anfrage von Herrn Feigl zur Ausschreibung am Riebeckplatz

Herr Feigl sagte, dass im Vorfeld eine Besprechung im Fachausschuss über die Bedingungen einer Ausschreibung erfolgen sollte. Die HWG hat die Ausschreibung am Riebeckplatz sehr offen gestaltet.

Herr Stäglin antwortete, dass gerade Inhalte, Verfahrensschritte und Zeitschienen mit der HWG abgestimmt werden.

Herr Feigl bat darum, die Eckdaten im Ausschuss vorgestellt zu bekommen.

zu 8.4 Anfrage von Herrn Feigl zum Saalhornmagazin

Herr Feigl fragte, warum die Maßnahme Saalhornmagazin (1. BA) nicht beendet worden sei? Wann wird der 1. BA fertig gestellt und wie wird mit dem restlichen Gebäude verfahren?
Herr Stäglin antwortete, dass die Frage an den zuständigen Geschäftsbereich weitergeleitet wird.

zu 8.5 Anfrage von Herrn Dr. Köck zum Mittelabfluss in Halle-Ost

Herr Dr. Köck fragte nach dem Mittelabfluss im Gewerbegebiet Halle-Ost.
Herr Stäglin antwortete, dass der Mittelabfluss nachgereicht wird.

zu 8.6 Anfrage von Herrn Dr. Köck zur Verwertung von Baumschnitt

Herr Dr. Köck fiel auf, dass in Grünanlagen in Halle-Neustadt Bäume gefällt worden sind und gesunde Stämme als Holz übrig geblieben sind. Gibt es dafür noch eine Verwendung?
Herr Stäglin antwortete, dass im Ordnungs- und Umweltausschuss am 14.03.2013 darüber berichtet werden soll.

zu 8.7 Anfrage zum Fußweg am Bahnübergang in Nietleben

Herr Sieber fragte, ob schon eine Erkenntnis zu dem Fußweg am Bahnübergang in Nietleben gibt.
Herr Stäglin erklärte, dass es eine Aussage dazu gibt, sie wird schriftlich verteilt.

zu 8.8 Anfrage von Herrn Sieber zum Strategiedialog

Herr Sieber fragte, wie die Planung zum Strategiedialog erfolgt?
Herr Stäglin antwortete, dass die Vorlage im Planungsausschuss April behandelt wird.

zu 8.9 Anfrage von Herrn Felke zu Werbeträgern in der Stadt Halle

Herr Felke machte darauf aufmerksam, dass er den Eindruck hat, dass wieder vermehrt mobile Werbeträger in der Stadt zu sehen sind.
Weiterhin bat er zu prüfen, ob es einen Vertrag zwischen einer Leipziger Firma und der DSM gibt, da er dies als Auskunft bekam, als er einen Werbung aufstellenden Akteur ansprach.
Herr Stäglin antwortete, dass die Verwaltung dieses prüft und schriftlich antwortet.

zu 9 Anregungen

Herr Sieber lobte die Veröffentlichung zu den Bebauungsplänen im Internet (auch bei frühzeitiger Beteiligung). Kann hier zusätzlich ein Frage-Antwort-Blog eingeführt werden?
Herr Stäglin antwortete, dass die Verwaltung dieses prüft und schriftlich antwortet.

Herr Feigl regte an, die FANTA Spielplatzinitiative in Anspruch zu nehmen. Der Bewerbungsschluss ist allerdings schon am 04.04.2013.

Herr Stäglin sagte, dass im letzten Jahr der baschkirische Spielplatz davon schon profitiert hat.

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.05.13

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Frank Sänger
Ausschussvorsitzender

Andrea Schönberg
Protokollführerin